

Tätigkeitsbericht
der gemeinsamen
Kontrollinstanz
von Eurojust

2009

VORWORT	3
1. EINLEITUNG	5
2. VERWALTUNG.....	5
2.1 Zusammensetzung der GKI	5
2.2 Sitzungen	5
2.3 Haushalt und Kosten	6
3. GKI UND DER NEUE EUROJUST BESCHLUSS.....	6
3.1 Auswirkungen des neuen Eurojust Beschlusses auf die GKI	6
3.2 Neue GKI Geschäftsordnung	7
3.3 Erste Wahlen.....	8
4. KONTROLLARBEIT	8
4.1 Datenschutzbeauftragter.....	8
4.2 Umsetzung des neuen Eurojust-Beschlusses	9
4.3 Empfehlungen der Inspektion 2007	10
4.4 Inspektion 2009	10
4.5 E-Mail-Vorfall vom 7. Dezember 2007	10
4.6 Verarbeitung nicht-fallbezogener Daten.....	11
4.7 Fallmanagementsystem	11
4.8 Zugang zum Zollinformationssystem.....	12
4.9 Zugang zum Schengener Informationssystem	12
5. STELLUNGNAHMEN	12
5.1 Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Drittländern	12
5.2 Kooperation zwischen Eurojust und anderen Parteien	13
5.3 Abkommen zwischen Eurojust und Europol	13
6. NEUE ENTWICKLUNGEN IM DATENSCHUTZBEREICH IN DER EU ...	13
6.1 Vertrag von Lissabon	13
6.2 Zukünftige Rolle der gemeinsamen Kontrollinstanz.....	14
7. BESCHWERDEN.....	14
8. AUSBLICK.....	14
ANLAGE I MITGLIEDER DER GEMEINSAMEN KONTROLLINSTANZ .	16

Vorwort

Als amtierende Vorsitzende der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust (GKI) ist es mir eine Ehre, den siebten GKI Tätigkeitsbericht für das Jahr 2009 vorlegen zu können.

Der Bericht setzt ein Zeichen für die Leistung der GKI unter dem Vorsitz von Josef Rakovský aus Tschechien in der ersten Jahreshälfte 2009 und für die Arbeit der gewählten GKI Troika seit Juni 2009, deren Mandat - entsprechend der neuen Geschäftsordnung - zur Verbesserung der Kontinuität dieser Stelle von einem halben Jahr auf eine längere Periode verlängert wurde.

Dies ist mein zweiter Vorsitz der GKI von Eurojust, und ich möchte an dieser Stelle die Bedeutung des wirksamen Datenschutzes auf dem Gebiet der justiziellen Zusammenarbeit und die diesbezüglich von Eurojust erzielten Fortschritte hervorheben, was zweifellos dem engagierten Einsatz der GKI und der hervorragenden Arbeit der Datenschutzbeauftragten zu verdanken ist.

Zu den bevorstehenden Herausforderungen der GKI gehören die Umsetzung des neuen Eurojust-Beschlusses und des Vertrags von Lissabon mit ihren potenziellen Auswirkungen auf die Kontrolle der Strafverfolgungsbehörden.

Ich möchte an dieser Stelle auch den ehemaligen und gegenwärtigen Mitgliedern der Troika für ihren Beitrag im Rahmen der GKI und dem Kollegium und den Mitarbeitern von Eurojust für ihren engagierten Einsatz herzlich danken. Besonderer Dank geht an die Datenschutzbeauftragte Diana Alonso Blas und an die GKI-Sekretärin Fiona Coninx für ihre hoch geschätzte Arbeit für die GKI.

Lotty Prussen
Vorsitzende der GKI von Eurojust

1. Einleitung

Dies ist der siebte Jahresbericht der Gemeinsamen Kontrollinstanz (im Folgenden „GKI“ genannt) seit ihrer Einrichtung im Mai 2003 und umreißt die wichtigsten Tätigkeiten für das Jahr 2009. Die Aufgaben der GKI werden in Artikel 23 des Beschlusses des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust¹ aufgeführt. Die GKI kontrolliert als unabhängige Stelle die Tätigkeit von Eurojust, um sicherzustellen, dass personenbezogene Daten nach Maßgabe des Eurojust-Beschlusses verarbeitet werden. Sie befasst sich auch mit Beschwerden von Personen im Zusammenhang mit der Behandlung ihres Antrags auf Ausübung ihrer Rechte als Datensubjekte durch Eurojust.

Der Bericht wirft abschließend einen Blick in die Zukunft und setzt Ziele für die nächsten Jahre.

2. Verwaltung

2.1 Zusammensetzung der GKI

Die GKI besteht aus siebenundzwanzig von den jeweiligen Mitgliedstaaten benannten Mitgliedern, einschließlich drei ständiger Mitglieder (Anhang I).

In der ersten Jahreshälfte 2009 waren Josef Rakovský (Vorsitzender, Tschechien), Hans Frennered (Schweden) und Artemí Rallo Lombarte (Spanien) die ständigen Mitglieder. Marta Aguirre Calzada vertrat Rallo Lombarte in den Sitzungen.

Nach Maßgabe der neuen Geschäftsordnung fanden auf der ersten Plenarsitzung im Juni die ersten Wahlen statt. Lotty Prussen wurde als dienstälteste benannte Person zur Vorsitzenden ernannt, und Hans Frennered (Schweden) und Carlos Campos Lobo (Portugal) wurden als ständige Mitglieder gewählt. Die nächsten Wahlen finden auf der Plenarsitzung im Juni 2010 statt.

2.2 Sitzungen

Die GKI traf zu vier Sitzungen in Den Haag zusammen (12. Februar, 7. April, 24. September und 19. November), und die Plenarsitzung der

¹ Beschluss des Rates vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust und zur Änderung des Beschlusses 2002/187/JI über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung schwerer Kriminalität.

benannten Personen fand am 23. Juni statt. Das GKI-Sekretariat erstellte Protokolle für alle Sitzungen und verteilte sie an die benannten Personen. Seit September sind das Kollegium und die Verwaltung von Eurojust über die wichtigsten Punkte informiert worden, was zur besseren Transparenz der Tätigkeit der GKI und zur Stärkung der Beziehungen zwischen Eurojust und der GKI beitrug.

2.3 Haushalt und Kosten

Die GKI verfügt über ihren eigenen Haushalt im Rahmen des Eurojust-Haushalts. Der GKI wurde ein Haushalt von insgesamt €46.000 zugeteilt, von dem €41.143 auf den Verwaltungsaufwand für Sitzungen und die Teilnahme an externen Sitzungen entfielen. Der Restbetrag wurde in der zweiten Jahreshälfte aufgrund des unter den Erwartungen liegenden Mittelbedarfs bis Ende des Jahres einer anderen Haushaltslinie von Eurojust zugeteilt.

3. GKI und der neue Eurojust-Beschluss

3.1 Auswirkungen des neuen Eurojust-Beschlusses auf die GKI

Artikel 23 des neuen Eurojust-Beschlusses, der die Funktion und Aufgaben der GKI umreißt, wurde nach Unterbreitung eines schriftlichen Vorschlags der GKI geändert. Die vorgeschlagenen Änderungen wurden mit Ausnahme eines untergeordneten Punktes in den endgültigen Text aufgenommen. Während der schriftliche Vorschlag der GKI Einzelheiten über das vorläufige Wahlverfahren für die ersten zwei Jahre enthielt, sieht der endgültige Wortlaut wohlweislich vor, dass solche spezifische Übergangsregelungen in der GKI-Geschäftsordnung zu regeln sind. Mit Ausnahme dieses einzigen einschlägigen Punktes wurde der Vorschlag der GKI vollständig in die Regelung aufgenommen, was eine grundlegende Änderung der GKI-Zusammensetzung zur Folge hat.

Während die Zusammensetzung der GKI Troika bisher mit dem Präsidium der Europäischen Union verknüpft war, sieht der neue Artikel 23 in Absatz 3 eine jährliche Wahl auf der Plenarsitzung der GKI vor, bei der ein neues Mitglied aus dem Kreis der benannten Personen der Mitgliedstaaten für eine dreijährige Amtszeit gewählt wird (die GKI-Mandatszeit wurde folglich in Absatz 1 von ursprünglich 18 Monaten als Mitglied der Troika auf drei Jahre verlängert). Das Mitglied im dritten Amtsjahr übernimmt den Vorsitz der Troika. Dieses neue System verbessert die Kontinuität und das Kompetenzniveau der GKI, da den Mitgliedern mehr Zeit zur Verfügung steht, sich mit der Tätigkeit von Eurojust vertraut zu machen und sich Sachkenntnisse anzueignen. Da sich Kandidatinnen/Kandidaten für das Mandat „bewerben“ müssen, kann davon ausgegangen werden, dass ihnen viel an der GKI-

Mitgliedschaft liegt und dass sie bereit sind, den Zeitaufwand und die Anstrengungen im Zusammenhang mit der Arbeit für die Stelle auf sich zu nehmen.

Ein neuer Absatz 10 wurde dem Artikel 23 beigelegt, gemäß dem das GKI-Sekretariat auf das Fachwissen des Datenschutzsekretariates des Rates zurückgreifen kann. Dieser Absatz, der von der GKI in ihrem Schreiben an den Rat unterstützt wurde, bildet eine Rechtsgrundlage für die bisher ausschließlich informelle Zusammenarbeit mit diesem Sekretariat, die sich bei den 2005 und 2007 durchgeführten Inspektionen als äußerst nützlich erwies. Die Aufnahme dieses neuen Absatzes in den Text vereinfacht die praktischen Aspekte dieser Zusammenarbeit, die bisher von der Genehmigung der verschiedenen mit dem Sekretariat verbundenen Stellen abhängig war.

Absatz 2(a) Artikel 27(a) sieht die Kontrolle der Tätigkeit der von Eurojust in Drittstaaten entsandten Verbindungsrichter vor, da diese Richter Zugang zum Fallmanagementsystem (im Folgenden „FMS“ genannt) haben. Diese Bestimmung über die Kontrolle im Text war eigentlich nicht notwendig, da die Verbindungsrichter als Mitglieder von Eurojust per se den Eurojust-Bestimmungen unterstehen, einschließlich der Datenschutzbestimmungen, und der Datenschutzbeauftragte (im Folgenden „DSB“ genannt) und die GKI folglich zuständig sind. Angesichts der Tatsache, dass diese Richter jedoch im konkreten Fall ins Ausland entsandt werden, ist die vollständige Klarstellung dieses Punktes dienlich.

3.2 Neue GKI-Geschäftsordnung

Artikel 16 des neuen Eurojust-Beschlusses hält fest: „Die Bestimmungen über die Gemeinsame Kontrollinstanz sollten die Arbeitsweise von Eurojust erleichtern“. Es bestand tatsächlich eine besondere Dringlichkeit für die Revision der Bestimmungen, damit sie gleichzeitig mit den ersten Wahlen auf der Plenarsitzung verabschiedet werden konnten, um zu verhindern, dass bis zu ihrem Inkrafttreten ein weiteres Jahr verstrich.

Der GKI²-Akt wurde in Übereinstimmung mit den im neuen Eurojust-Beschluss vorgesehenen Änderungen revidiert. Ein erster Entwurf wurde von den ständigen Mitgliedern verfasst und zur Durchsicht vor der Plenarsitzung allen benannten Personen zugestellt. Die endgültige Fassung wurde auf der Plenarsitzung verabschiedet. Die abgeänderte Geschäftsordnung ist seither dem Rat der Europäischen Union unterbreitet worden und es wurde ein Antrag auf Veröffentlichung im

² Akt der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust vom 23. Juni 2009 (auf der Plenarsitzung der gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust vom 23. Juni 2009 einstimmig angenommen), „GKI-Akt“

Amtsblatt mit Übersetzungen in alle offiziellen Sprachen gestellt. Die endgültige Entscheidung des Rates steht noch aus.

3.3 Erste Wahlen

Die ersten Wahlen fanden auf der Plenarsitzung vom 23. Juni gestützt auf den von der GKI dem Rat der Europäischen Union unterbreiteten schriftlichen Vorschlag für die Übergangszeit statt. Der erste schriftliche Vorschlag wurde in die überarbeitete GKI-Geschäftsordnung aufgenommen:

1. Im Hinblick auf die Aufnahme der Arbeit nach dem in Artikel 23 Absatz 3 des geänderten Eurojust-Beschlusses festgelegten Verfahren werden in der ersten nach Inkrafttreten dieses Beschlusses stattfindenden Plenarsitzung der von den Mitgliedstaaten nach Artikel 23 Absatz 1 benannten Personen drei Mitglieder gewählt. Diese drei Mitglieder ersetzen die zu diesem Zeitpunkt amtierenden drei Mitglieder der Troika.

2. Benannte Personen, die sich zur Wahl stellen wollen, legen dem Sekretariat der gemeinsamen Kontrollinstanz zehn Tage vor der Sitzung, in der die Wahl stattfindet, ihre schriftliche Bewerbung vor. Ständige Mitglieder werden die drei Kandidaten, die jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinen.

3. Diejenige Person, die die meisten Stimmen erhält, bekleidet das Amt drei Jahre lang und führt während des dritten Jahres ihrer Amtszeit den Vorsitz; die Person mit der zweithöchsten Stimmenzahl übt ihr Amt zwei Jahre lang aus und führt während des zweiten Jahres ihrer Amtszeit den Vorsitz, und die Person mit der dritthöchsten Stimmenzahl bleibt ein Jahr im Amt und führt den Vorsitz während dieses Jahres.

4. Nach dieser ersten Runde von Wahlen werden jährlich Wahlen nach Artikel 3 Absatz 2 und 3 dieser Geschäftsordnung durchgeführt, um jährlich ein Mitglied zu ersetzen.

4. Kontrollarbeit

4.1 Datenschutzbeauftragter

Die GKI unterhielt regelmäßige Kontakte mit der Datenschutzbeauftragten Diana Alonso Blas gemäß Artikel 6 Absatz 6 des GKI Aktes. Frau Alonso Blas hielt die GKI über alle ungelösten Fragen und Angelegenheiten bei Eurojust auf dem Laufenden.

Die GKI nahm die von der DSB für die Mitarbeiter von Eurojust durchgeführten regelmäßigen Informationssitzungen über die Verarbeitung personenbezogener Daten, in deren Rahmen die geltenden Bestimmungen und die allgemeinen Grundsätze erläutert und die Rechte der Datensubjekte erklärt wurden, mit Genugtuung zur Kenntnis. 2009 galt der Fokus spezifischen Verwaltungseinheiten und -diensten, bezüglich derer besondere Informationssitzungen stattfanden.

Nach Maßgabe von Artikel 27 Absatz 2 der Bestimmungen über die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten bei Eurojust³ führte Frau Alonso Blas gegen Ende 2009 eine jährliche Erhebung durch. Die nationalen Verbindungsbüros von Bulgarien, Rumänien, Spanien, Frankreich und Slowenien wurden befragt. Im zweiten Jahr befragte die Datenschutzbeauftragte auch eine Verwaltungseinheit, nämlich den Rechtsdienst. Des Weiteren wurden das Fallmanagementsystem und die Sicherheitspraktiken von Eurojust überprüft. Die Erhebung bestätigte eine verstärkte Sensibilisierung im Bereich des Datenschutzes bei Eurojust und eine merkliche Verbesserung bei der Einhaltung der Bestimmungen, so vor allem bezüglich der Prüfung der Fristen des Fallmanagementsystems und der strukturierten manuell geführten Daten seit der letzten Erhebung. Die Ergebnisse der Erhebung bieten auch ein nützliches Referenzdokument für die nächste GKI-Inspektion.

4.2 Umsetzung des neuen Eurojust-Beschlusses

Im September beschäftigte sich die GKI im Vorfeld des Inkrafttretens des neuen Eurojust-Beschlusses am 1. Januar 2010 mit dessen Umsetzung. Besondere Beachtung galt Artikel 13 über den Informationsaustausch mit den Mitgliedstaaten und zwischen den nationalen Mitgliedern. Es wurde eine Anzahl möglicher Datenschutzprobleme im Zusammenhang mit den gemäß diesem Artikel von den Mitgliedstaaten an Eurojust übermittelten Daten besprochen, denn der Bestimmungszweck dieser Daten unterscheidet sich von jenem der Daten, die bisher im Rahmen von Rechtshilfe- oder Kooperationsersuchen an Eurojust übermittelt wurden.

Die GKI empfahl dem Kollegium von Eurojust, das Output für die Mitgliedstaaten nach Eingang dieser neuen Art von Informationen klar zu definieren und die ordnungsgemäße Verarbeitung dieser Daten im Fallmanagementsystem sicherzustellen.

Die GKI verlangte die Beteiligung an weiteren Gesprächen über die Umsetzung von Artikel 13 und Rückmeldungen des Kollegiums in dieser

³ Bestimmungen der Geschäftsordnung betreffend die Verarbeitung und den Schutz personenbezogener Daten bei Eurojust (Text einstimmig angenommen durch das Kollegium von Eurojust in der Sitzung vom 21. Oktober 2004 und vom Rat genehmigt am 24. Februar 2005) (2005/C 68/01), Abl. C 68 19.3.2005 S.1.

Sache. Dieser Punkt wurde ins Programm der ersten Sitzung 2010 aufgenommen.

4.3 Empfehlungen der Inspektion 2007

Die GKI wurde regelmäßig über die Fortschritte des Aktionsplans von Eurojust zur Umsetzung der Empfehlungen des Inspektionsberichts 2007 informiert. Der Großteil der Empfehlungen betraf Richtlinien wie die Zugangskontrolle und die Protokollierung sowie einige technische Abweichungen. Die GKI war zufrieden mit den Fortschritten bei der Umsetzung und nahm die Verbesserung seit der letzten Inspektion von 2005 mit Genugtuung zur Kenntnis. Damals waren weniger Informationen über die von Eurojust ergriffenen Folgemaßnahmen unterbreitet worden.

4.4 Inspektion 2009

Mit Unterstützung des Sekretariats des Rates der Europäischen Union wurde gegen Ende 2009 ein Inspektionsteam gebildet. Carlos Campos Lobo wurde zum Koordinator ernannt. Drei Mitglieder des Inspektionsteams statteten Eurojust im November im Rahmen der Vorbereitung der Inspektion einen ersten Besuch ab, bei dem sie sich mit dem Fallmanagementsystem befassten. Die Inspektion vom 19. bis 21. Januar 2010 hatte Folgendes zum Inhalt: die von Eurojust zur Umsetzung der Empfehlungen der Inspektion 2007 unternommenen Maßnahmen; Nutzung und Inhalt des FMS; Log-Daten des Schengener Informationssystems; Gespräche mit den nationalen Mitgliedern über Ergebnisse des des FMS und ihrer Kenntnis der Verpflichtungen gegenüber Datensubjekten.

Die GKI unterrichtete den Präsidenten von Eurojust im Dezember 2009 offiziell über die bevorstehende Inspektion.

4.5 E-Mail-Vorfall vom 7. Dezember 2007

Wie im letzten Jahr berichtet, kam es am 7. Dezember 2007 im Rahmen der Behebung einer am Vortag aufgetretenen Störung bei der Nutzung des Systems zu einer Unterbrechung des E-Mail-Verkehrs bei Eurojust. Dieser Vorfall wurde von der GKI 2008 untersucht und Eurojust wurde ein Bericht unterbreitet. Die endgültige Antwort von Eurojust auf die Auswertung des Vorfalls durch die GKI und die ergriffenen Maßnahmen wurden vom stellvertretenden Verwaltungsdirektor von Eurojust, Jacques Vos, auf einer Sitzung im Februar 2009 präsentiert. Er erläuterte die von Eurojust auf Empfehlung der GKI zur

Wiederherstellung des Vertrauens der Nutzer in die Integrität und Sicherheit des E-Mail-Systems ergriffenen Maßnahmen. Eurojust hat die damaligen Fehlentscheidungen anerkannt und die beträchtlichen praktischen Auswirkungen dieses Vorfalls, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, dass das Problem gelöst worden sei, dass Lektionen daraus gelernt worden seien, dass die Empfehlungen der GKI befolgt worden seien und man für zukünftige Vorfälle besser gewappnet sei.

Der Vorfall wurde für beendet erklärt mit der Empfehlung, dass sich solche Vorfälle in Zukunft nicht wiederholen sollten. Die GKI fügte abschließend hinzu, dass die Verletzung der Vertraulichkeit und nicht die Unterbrechung des E-Mail-Systems das zur Diskussion stehende Problem gewesen sei, und fügte hinzu, die Nutzer müssten zudem auch wissen, dass sie voll und ganz für ihre eigenen Nachrichten verantwortlich sind.

4.6 Verarbeitung nicht-fallbezogener Daten

Auf der ersten Sitzung nach Maßgabe des neuen Eurojust-Beschlusses besprach die GKI die Verarbeitung nicht-fallbezogener Daten. Die GKI erklärte, sie werde sämtliche Aspekte der Datenverarbeitung bei Eurojust kontrollieren, und unterstrich, dass die GKI sowohl für die Verarbeitung fallbezogener als auch nicht-fallbezogener Daten zuständig sei. Die GKI ernannte Carlos Campos Lobo zur Kontaktperson für Fragen des Schutzes von Verwaltungsdaten.

4.7 Fallmanagementsystem

Die GKI wurde über die baldige Einführung des EPOC III+ Fallmanagementsystems (Europäischer Pool gegen organisierte Kriminalität) bei Eurojust informiert. Die EPOC-Software, seit Oktober 2004 für das Fallmanagementsystem von Eurojust im Einsatz, unterstützt die sichere Speicherung fallbezogener personenbezogener Daten und den Informationsaustausch zwischen den nationalen Mitgliedern. Das FMS entspricht auch den Datenschutzbestimmungen von Eurojust. Das FMS wurde ursprünglich von 2002 bis 2008 im Rahmen von drei von der EU finanzierten Projekten entwickelt: EPOC I, II und III. Im Rahmen von EPOC II wurde ein beträchtlicher Entwicklungsbedarf der Software hinsichtlich der Anforderungen des Rechtsrahmens und der Geschäftsabläufe von Eurojust erkennbar. Es wurde daher das EPOC III+ Projekt eingeleitet, um allen Sachbearbeitern von Eurojust ein zur Unterstützung ihrer täglichen Arbeit optimales Softwaretool zu bieten. Das neue EPOC-III+-System zeichnet sich durch seine außerordentliche Nutzerfreundlichkeit aus. Der Zugang ist nun über das Büronetz möglich, und Dokumente können

direkt ins FMS geladen werden. Die GKI nahm diese Verbesserungen, die Nutzer zur Eingabe von Informationen ins System motivieren, mit Genugtuung zur Kenntnis.

4.8 Zugang zum Zollinformationssystem

Hinsichtlich des geplanten Zugangs von Eurojust zum Zollinformationssystem (im Folgenden „ZIS“ genannt) nahm die GKI zur Kenntnis, dass die im ZIS gespeicherten personenbezogenen Datentypen unter Artikel 15 des Eurojust-Beschlusses fallen. Eurojust würde seine Pflicht zur Aufzeichnung der Übermittlung und des Empfangs über die zurzeit bestehende Möglichkeit des Zugriffs von Eurojust auf diese vom ZIS-Ausschuss zentral geführte Log-Datei erfüllen, dies unbeschadet der Tatsache, dass Eurojust auch eigene Aufzeichnungen erstellen kann.

Die GKI hielt dieses Vorgehen angesichts der bestehenden Schutzmechanismen für annehmbar. Eurojust wird jedoch die Datentypen, zu denen Eurojust Zugang haben wird, und die Konfiguration der Log-Dateien förmlich bestätigen müssen.

4.9 Zugang zum Schengener Informationssystem

Die Log-Datei des Schengener Informationssystems steht im Zentrum der bevorstehenden Inspektion.

5. Stellungnahmen

5.1 Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und Drittländern

Nach Artikel 26a des Eurojust-Beschlusses wurde die GKI über alle Verhandlungen mit Drittstaaten auf dem Laufenden gehalten. Zu den Ländern auf der Prioritätsliste gehören: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kap Verde, Israel, Liechtenstein, Moldawien, Montenegro, die Russische Föderation, Serbien und die Ukraine.

Bezüglich der Russischen Föderation äußerte die GKI ihre Ansicht, dass Eurojust die Einhaltung der für alle anderen Staaten geltenden Datenschutzstandards des Europarates einfordern und eine ausreichende unabhängige Aufsicht sicherstellen muss. In Anbetracht des Stockholmer Programms für die bessere Zusammenarbeit in den

Bereichen Freiheit, Sicherheit und Recht⁴ wurde angesichts des Problems des unzureichenden Schutzes personenbezogener Daten in der Russischen Föderation, mit dem sich auch andere Organisationen, wie z.B. Europol konfrontiert sehen, vorgeschlagen, dass Eurojust die Möglichkeit des Abschlusses eines vorläufigen Abkommens ohne den Austausch personenbezogener Daten bei gleichzeitiger Weiterführung der Gespräche über den künftigen Datenschutz abklären sollte. Es wurde auch ein vermehrter diesbezüglicher Informationsaustausch zwischen der GKI von Europol und Eurojust vorgeschlagen.

5.2 Kooperation zwischen Eurojust und anderen Parteien

Am 4. Mai 2009 wurde eine Absichtserklärung zwischen Eurojust und Iber-RED (Iberoamerikanisches Netz zur internationalen justiziellen Kooperation), einem Netz der südamerikanischen, spanischen und portugiesischen Kontaktstellen der Strafverfolgungsbehörden unterzeichnet. Die GKI wurde über die Unterzeichnung der Erklärung informiert, musste jedoch keine Stellungnahme abgeben, da kein Austausch personenbezogener Daten vorgesehen war.

5.3 Abkommen zwischen Eurojust und Europol

Während der Verhandlungen zwischen Eurojust und Europol über Abkommen, das schließlich am 1. Oktober 2010 unterzeichnet wurde, hatte die GKI von Europol Bedenken über Aspekte der Rechtsgrundlage für den Datenaustausch zwischen Eurojust und Europol angemeldet. Diesen Bedenken wurde Rechnung getragen, indem das Abkommen auf der Grundlage des am 1. Januar 2010 in Kraft tretenden neuen Europol-Beschlusses unterstellt wurde und die Vereinbarung zwischen Eurojust und Europol am gleichen Datum in Kraft trat.

Die Kontakte zwischen der GKI von Eurojust und Europol intensivierten sich 2009. Peter Michael vom Datenschutzsekretariat des Rates der Europäischen Union nahm regelmäßig an Sitzungen teil und lieferte Informationen und Überlegungen über Schlüsselbelange für beide GKI, was die Mitglieder mit Genugtuung zur Kenntnis nahmen.

6. Neue Entwicklungen im Datenschutzbereich in der EU

6.1 Vertrag von Lissabon

⁴ Stockholmer Programm – ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger, 5731/10, CO EUR-PREP 2, JAI 81, POLGEN 8.

Die GKI besprach die Auswirkungen der mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (Artikel 16) zu erwartenden Veränderungen und die Auswirkungen auf die Kontrollinstanzen. Das Thema wird 2010 Gegenstand weiterer Gespräche bilden.

6.2 Zukünftige Rolle der gemeinsamen Kontrollinstanzen

Abgesehen vom Vertrag von Lissabon treten 2010 weitere Instrumente in Kraft, so etwa der Rahmenbeschluss des Rates über den Schutz der im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeiteten personenbezogenen Daten⁵ und der neue Europol Beschluss. Der geltende Datenschutzrahmen wird in Anbetracht des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon und des Stockholmer Programms überprüft. Angesichts der neuen Gesetzesvorschriften stellte die GKI Überlegungen über die zukünftige Kontrolle an.

Der Vorsitzende der GKI Josef Rakovský und sein Assistent Milan Žondra nahmen im Juni in Brüssel an einer Sitzung der GKI von Europol teil. Die Sitzung bot eine Gelegenheit für den Erfahrungsaustausch über die Kontrolle des Austausches personenbezogener Daten zwischen Europol und den Datenschutzbehörden von Drittstaaten und Institutionen.

Carlos Campos Lobo nahm im Namen des Vorsitzenden der GKI im Dezember auch an einer Sitzung der gemeinsamen Kontrollinstanzen von Europol, des Schengener Informationssystems und des Zollinformationssystems über die künftige Rolle der Kontrollinstanzen in Brüssel teil. Die Sitzung kam zu dem Schluss, dass den gemeinsamen Kontrollinstanzen auch in Zukunft eine wichtige Rolle zukommen wird.

7. Beschwerden

2009 wurden bei der GKI keine Beschwerden eingereicht.

8. Ausblick

Die GKI unterbreitete dem Präsidenten von Eurojust, José Luís Lopes da Mota, ein Programm für den Zeitraum von 2009 bis 2012 mit folgenden Schwerpunktbereichen für die langfristigen Aktivitäten:

- ordnungsgemäße Umsetzung des geänderten Eurojust-Beschlusses durch Eurojust, insbesondere bezüglich der Entwicklung des FMS und

⁵ Rahmenbeschluss 2008/977/JI des Rates vom 27. November 2008 über den Schutz der im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen verarbeiteten personenbezogenen Daten, Abl. L 350, 30.12.2008, S. 60.

des verstärkten Informationsaustausches nach Artikel 13 des neuen Beschlusses;

- ordnungsgemäße Erfüllung der Datenschutzbestimmungen bei fallbezogenen Tätigkeiten;
- regelmäßige Abklärung der Geltung von Artikel 21 Absatz 2 des neuen Eurojust-Beschlusses;
- Sicherheitsverfahren;
- Rechte der Einzelnen, indem im Bedarfsfall die ordnungsgemäße Koordination mit den nationalen Behörden sichergestellt wird, von denen man im Regelfall Daten erhält;
- Sicherstellung des ordnungsgemäßen Datenschutzes bei Kooperationsabkommen mit Drittstaaten/-parteien sowie die angemessene Kontrolle der Umsetzung der Datenschutzbestimmungen der geltenden Abkommen;
- ordnungsgemäße Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei nicht-fallbezogenen Tätigkeiten;
- ordnungsgemäße Folgemaßnahmen von Eurojust zu den Empfehlungen.

Herr Lopes da Mota begrüßte diese Initiative, da sie eine Grundlage für eine gute Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Eurojust und der GKI bietet und Eurojust bei der Festlegung der zukünftigen Prioritäten helfen wird.

Die GKI plant, die Akkreditierung als Mitglied der Internationalen Konferenz der Datenschutzbeauftragten 2010 zu beantragen.

Die GKI wird sich am 22. April, 17. Juni (Plenarsitzung), 14. Oktober und 9. Dezember zu Sitzungen treffen.

Anlage I Mitglieder der gemeinsamen Kontrollinstanz

Land	Mitglied	Datum der Benennung
Bulgarien	Frau Pavlina PANOVA	04/07/2007
Belgien	Frau Nicole LEPOIVRE	09/01/2003
Tschechien	Herr Josef RAKOVSKÝ	14/04/2004
Dänemark	Herr Jakob LUNDSAGER	05/04/2009
Deutschland	Herr Bertram SCHMITT	23/06/2009
Estland	Herr Pavel GONTSHAROV	25/10/2004
Griechenland	Herr Ioannis MAGGINAS	04/06/2009
Spanien	Herr Artemi RALLO LOMBARTE	27/02/2007
Frankreich	Herr Frédéric BAAB	11/06/2009
Irland	Herr Billy HAWKES	06/07/2005
Italien	Herr Alfonso PAPA	06/02/2003
Zypern	Frau Goulla FRANGOU	23/07/2008
Lettland	Frau Zane PĒTERSONE	27/09/2004
Litauen	Herr Egidijus BIELIŪNAS	08/12/2004
Luxemburg	Frau Lotty PRUSSEN	06/05/2002
Ungarn	Herr Tibor KATONA	23/06/2008
Malta	Herr Joseph EBEJER	30/03/2009
Niederlande	Frau Jannette BEUVING	01/01/2007
Österreich	Herr Gustav MAIER	26/08/2002
Polen	Herr Dariusz ŁUBOWSKI	26/05/2004

Tätigkeitsbericht 2009
Gemeinsame Kontrollinstanz von Eurojust

Portugal	Herr Carlos CAMPOS LOBO	01/04/2006
Rumänien	Frau Laura-Marina ANDREI	01/10/2007
Slowenien	Herr Rajko PIRNAT	23/03/2005
Slowakei	Frau Renáta JANÁKOVÁ	31/07/2008
Finnland	Frau Anne HEIMOLA	01/01/2008
Schweden	Herr Hans FRENNERED	01/07/2002
Vereinigtes Königreich	Herr Christopher GRAHAM	12/08/2009

Ausscheidende Mitglieder - 2009

Land	Mitglied	Mandatszeit
Vereinigtes Königreich	Herr Richard THOMAS	03/02/2003- 12/08/2009
Slowakei	Herr Ladislav DUDITŠ	24/04/2004-31/07/2008
Frankreich	Herr Didier GASSE	25/03/2004-11/06/2009
Deutschland	Herr Klaus TOLKSDORF	10/07/2002-23/06/2009
Dänemark	Frau Lena ANDERSEN	19/09/2002-05/04/2009
Griechenland	Herr Gerasimos FOURLANOS	21/05/2002-03/06/2009